

Stand: 07.01.2026 00:43:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2846

"Die bayerische und tunesische Partnerschaft - ambitionierte Fortentwicklung eines Erfolgsmodells mit Vorbildcharakter"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2846 vom 03.07.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 04.07.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/3307 des BU vom 09.07.2019
4. Beschluss des Plenums 18/3783 vom 25.09.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 27 vom 25.09.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Franz Rieger, Alex Dorow, Dr. Martin Huber, Alfred Sauter, Walter Taubeneder und Fraktion (CSU)

Die bayerische und tunesische Partnerschaft – ambitionierte Fortentwicklung eines Erfolgsmodells mit Vorbildcharakter

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel das bayerische Engagement in Tunesien fortzuführen, den dortigen Transformationsprozess weiter zu unterstützen und den bayerischen Einsatz im Gesamtkontext der Afrika-Strategie zu entwickeln.

Im Rahmen des neuen Aktionsplans für die Jahre 2019 bis 2022 sollen daher insbesondere folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Unterstützung der vor einem Jahr mit den Kommunalwahlen begonnenen und auf der Ebene der Regionen fortzuführenden Regionalisierung des Landes sowie Konzentration des entwicklungspolitischen Engagements auf die Kommunen und Regionen;
- Unterstützung sogenannter Bürgerbüros und „NGO-Hubs“ als Erfolgsmodell für andere afrikanische Länder;
- Förderung von Projekten der Wasserversorgung sowie für erneuerbare Energien;
- weitere Stärkung der parlamentarischen Struktur Tunesiens, unter anderem auch durch eine engere Einbindung des Bayerischen Landtags und Förderung der parlamentarischen Partnerschaft, u. a. durch Austauschprogramme;
- Ausbau der Zusammenarbeit zwischen bayerischen und tunesischen Hochschulen;
- Unterstützung beim Aufbau der landwirtschaftlichen Ausbildung nach dem bayerischen Modell;
- Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich Ausbildung und Handwerk;
- Prüfung von Möglichkeiten eines stärkeren Jugendaustausches;
- Fortführung des Ausbildungsprojekts der Bayerischen Polizei mit der Polizeischule in Bir Bouregba mit logistischer Unterstützung des Bundeskriminalamts.

Begründung:

Seit der gemeinsamen Absichtserklärung über die Zusammenarbeit zwischen der Republik Tunesien und dem Freistaat Bayern im Dezember 2012 verbindet beide Länder eine enge Partnerschaft. Das nordafrikanische Land befindet sich in einem ambitionierten, zeitgleich schwierigen Transformationsprozess, der in vielfacher Hinsicht – von demokratischen Strukturen über den Kampf gegen Korruption, migrations- und sicherheitspolitische Maßnahmen bis hin zu den Rechten der Frau – als Vorbild für den gesamten afrikanisch-arabischen Raum betrachtet werden kann. Deutsche Entwicklungspolitik, Institutionen, Firmen und Stiftungen unterstützen diesen Prozess seitdem nachhaltig. Auch der Freistaat Bayern engagiert sich durch vielfältige Maßnahmen. Bis Ende 2019 soll ein weiterer Aktionsplan zur Umsetzung des Partnerschaftsabkommens unterzeichnet werden. In der Afrika-Strategie spielt das Land neben den Schwerpunktregionen Südafrika, Äthiopien und Senegal eine zentrale Rolle. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, den eingeschlagenen Weg konsequent fortzuführen und ambitioniert weiter zu entwickeln.

in die Regelschulen zu schicken und zu sagen: Schaut einmal, wie ihr mit ihnen zurechtkommt. – Das ist doch grober Unfug.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Diesen Kindern muss ich zuerst vernünftig Deutsch beibringen, und erst dann kann ich über die weitere Beschulung reden. Dieses Angebot findet für alle statt. Ich bitte Sie alle, meine Damen und Herren, diese Anträge abzulehnen. Sie führen nicht weiter. Wir wollen unsere Politik im Interesse der Flüchtlinge konstruktiv fortsetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Sehr gute Rede!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/2845 – das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die GRÜNEN. Gegenstimmen! – Gegenstimmen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP, der AfD sowie der beiden fraktionslosen Abgeordneten. Enthaltungen? – Enthaltung der SPD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt. Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/2878. Die Urnen stehen bereit. Die Abstimmung ist eröffnet. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17:50 bis 17:55 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Auszählung der Stimmkarten findet außerhalb des Plenarsaals statt.

Ich gebe Ihnen noch bekannt, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/2846 mit 18/2850 sowie die Drucksachen 18/2879 mit 18/2881 in die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden.

Außerdem darf ich Ihnen bekannt geben, dass der letzte Tagesordnungspunkt, die Listenummer 21 der Anlage zum Tagesordnungspunkt 7, in der nächsten Sitzung aufgerufen wird. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass heute keine Beratung mehr stattfindet, da es kurz vor 18:00 Uhr ist. Solange die Stimmkarten ausgezählt werden, unterbreche ich die Plenarsitzung.

(Unterbrechung von 17:55 bis 17:57 Uhr)

Wir nehmen die Sitzung wieder auf. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ebner-Steiner, Maier, Singer und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "ANKER-Einrichtungen durch konsequente Rückführung überflüssig und Schwaben zur Modellregion für Remigration machen", Drucksache 18/2878, bekannt. Mit Ja haben 18 gestimmt, mit Nein haben 132 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Wir haben damit die Tagesordnung abgearbeitet. Ich danke Ihnen, dass Sie so lange ausgeharrt haben, und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)
Drs. 18/2846

Die bayerische und tunesische Partnerschaft - ambitionierte Fortentwicklung eines Erfolgsmodells mit Vorbildcharakter

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Tobias Gotthardt**
Mitberichterstatter: **Hep Monatzeder**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 13. Sitzung am 9. Juli 2019 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Franz Rieger, Alex Dorow, Dr. Martin Huber, Alfred Sauter, Walter Taubeneder und **Fraktion (CSU)**

Drs. 18/2846, 18/3307

Die bayerische und tunesische Partnerschaft – ambitionierte Fortentwicklung eines Erfolgsmodells mit Vorbildcharakter

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel das bayerische Engagement in Tunesien fortzuführen, den dortigen Transformationsprozess weiter zu unterstützen und den bayerischen Einsatz im Gesamtkontext der Afrika-Strategie zu entwickeln.

Im Rahmen des neuen Aktionsplans für die Jahre 2019 bis 2022 sollen daher insbesondere folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Unterstützung der vor einem Jahr mit den Kommunalwahlen begonnenen und auf der Ebene der Regionen fortzuführenden Regionalisierung des Landes sowie Konzentration des entwicklungspolitischen Engagements auf die Kommunen und Regionen;
- Unterstützung sogenannter Bürgerbüros und „NGO-Hubs“ als Erfolgsmodell für andere afrikanische Länder;
- Förderung von Projekten der Wasserversorgung sowie für erneuerbare Energien;
- weitere Stärkung der parlamentarischen Struktur Tunesiens, unter anderem auch durch eine engere Einbindung des Bayerischen Landtags und Förderung der parlamentarischen Partnerschaft, u. a. durch Austauschprogramme;
- Ausbau der Zusammenarbeit zwischen bayerischen und tunesischen Hochschulen;
- Unterstützung beim Aufbau der landwirtschaftlichen Ausbildung nach dem bayerischen Modell;
- Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich Ausbildung und Handwerk;
- Prüfung von Möglichkeiten eines stärkeren Jugendaustausches;

- Fortführung des Ausbildungsprojekts der Bayerischen Polizei mit der Polizeischule in Bir Bouregba mit logistischer Unterstützung des Bundeskriminalamts.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsverstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat in seiner heutigen Sitzung die unter der Nummer 1 aufgeführte Verfassungsverstreitigkeit, zu der bis zum 30. September eine Stellungnahme abzugeben ist und die die Bebauungspläne der Landeshauptstadt München betrifft, beraten und bei Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, sich am Verfahren nicht zu beteiligen. Die Beschlussempfehlung wurde für Sie aufgelegt.

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 9 und 11 der Liste, zu denen die AfD-Fraktion und die SPD-Fraktion Einzelberatung beantragt haben. Dies sind der Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD) betreffend "Rechtsstaat schützen – Keine Solidarität mit Verbrechern!" auf Drucksache 18/2935 und der Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Margit Wild, Florian von Brunn und anderer (SPD) betreffend "Solidarität mit Carola Rackete – Seenotrettung ist kein Verbrechen" auf Drucksache 18/2867. Der gemeinsame Aufruf der genannten Anträge erfolgt am Ende der Tagesordnung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und die AfD. Darf ich die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos) um Abstimmung bitten? – War das eine Zustimmung,

Herr Plenk und Herr Swoboda? – Enthaltung? – Ablehnung? – Enthaltung. – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- | | |
|--------|--|
| (E) | einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses |
| (G) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen |
| (ENTH) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss |
| (A) | Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss |
| (Z) | Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss |

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. August 2019 (Vf. 9-VII-19) betreffend
Antrag im Zusammenhang mit den Bebauungsplänen Nrn. 2002 und 2002 a der Landeshauptstadt München
PII-G1310.19-0013
Drs. 18/3705 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration.

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|-------------------------------------|--------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |

9. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Margit Wild, Florian von Brunn u. a. SPD
Solidarität mit Carola Rackete – Seenotrettung ist kein Verbrechen
Drs. 18/2867, 18/3306 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag des Abgeordneten Markus Rinderspacher SPD
EU-Demokratie stärken: Ja zum Spitzenkandidatinnen- bzw. Spitzenkandidatenprinzip
Drs. 18/2882, 18/3305 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|
| <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

11. Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Rechtsstaat schützen – Keine Solidarität mit Verbrechern!
Drs. 18/2935, 18/3304 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten.